

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsorte außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schallsmühle, Dählerbrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halber i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 75

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Offertgebühren 80 Reichspennig und Porto. -

Halber
Mittwoch, den 29. März

Erscheint werktäglich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatlich
Mk. 1.85 einschl. 80 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
- Postcheckkonto: Dortmund 2941. -

1933

Stahlhelmzwischenfall in Braunschweig

SA. und Stahlhelm.

In Braunschweig ist die Stahlhelmhelfspolizei von der SA.-Hilfspolizei entwaffnet worden und noch in den frühen Morgenstunden des Dienstag hat der braunschweigische Innenminister die Auflösung des Stahlhelms im Lande Braunschweig angeordnet. Über diese Vorgänge fanden in Berlin Besprechungen zwischen Reichsminister Göring und Reichsminister Selbte, dem Stahlhelmführer, statt. Amtlich wird darüber folgendes mitgeteilt:

Heute (Dienstag) vormittag fand zwischen Reichsminister Göring und dem Stahlhelmführer, Reichsminister Selbte, eine Besprechung wegen der Vorgänge in Braunschweig statt. Die eingehende Untersuchung ergab, daß es sich um eine rein lokale Angelegenheit handelt, die im Laufe des Dienstagmorgens von der Reichsregierung in Ordnung gebracht wird. Die Zusammenarbeit von SA., SS. und Stahlhelm im gesamten Reichsgebiet wird durch diese lokalen Vorgänge in keiner Weise berührt. Es besteht auf allen Seiten der einstimmige Entschluß, die kameradschaftliche Zusammenarbeit dieser Verbände zu festigen und zu vertiefen.

Reichsarbeitsminister Selbte hat sich mit Begleitung in einem Flugzeug nach Braunschweig begeben, um an Ort und Stelle die Vorgänge im braunschweiger Stahlhelm zu untersuchen. In einem zweiten Flugzeug hat sich eine gemischte Kommission, bestehend aus dem Führer des Landesverbandes Berlin des Stahlhelms, Major a. D. Stephani, und dem persönlichen Adjutanten des Reichsministers Göring, Hauptmann a. D. Körner, nach Braunschweig begeben.

Eine amtliche Darstellung aus Braunschweig.

Zur Vorgeschichte, die zur Auflösung des Stahlhelms in Braunschweig führte, liegt folgende amtliche Mitteilung des braunschweigischen Innenministeriums vor:

Der Stahlhelm, Ortsgruppe Braunschweig, nahm seit einigen Tagen ganze Scharen neuer Mitglieder aus den aufgelösten und niedergeschlagenen marxistischen Organisationen auf. Am Montag nahm diese Eintrittsbewegung Massencharakter an. Hunderte ehemalige Reichsbannermitglieder, Sozialdemokraten und Kommunisten zogen zum Teil in geschlossenen Abteilungen und unter Bedeckung der Stahlhelmhelfspolizei zum Hauptquartier des Stahlhelms in dem Gebäude der Ortskrankenkasse. Fortgesetzt wurde Frei-Heil, Front-Heil und Rot-Front gerufen. Vor dem Hause und in den anliegenden Straßen sammelten sich erregte Mengen von Kommunisten und Sozialdemokraten, aus deren Mitte drohende Rufe gegen Adolf Hitler und gegen die NSDAP. laut wurden. Unter Duldung des Stahlhelms nahm der rote Mob, der seit Wochen sich nicht mehr aus seinen Schlupfwinkeln herausgewagt hatte, eine drohende Haltung gegen Nationalsozialisten und Hitlerjugend ein. Es kam sogar zu Mißhandlungen von Hitlerjugend durch Stahlhelmer. Infolge dieser unerhörten Haltung des Stahlhelms, durch die der Erfolg der nationalen Erhebung in Braunschweig auf das schärfste gefährdet wurde, bemächtigte sich der nationalen Bevölkerung der Stadt unbeschreibliche Erregung. Minister Klagges sah sich jetzt gezwungen, einzugreifen. Schutzpolizei wurde unter Führung des Kommandeurs zur Überholung der Krankenkasse eingesetzt, während SA. und SS. Plätze und Straßen in der Umgebung absperren und säuberten. Die Stahlhelmhelfspolizei wurde entwaffnet, Hunderte von Zivilisten, die sich in dem Gebäude aufhielten, namentlich festgestellt und ganze Pakete von ausgefüllten Anmeldekarten beschlagnahmt. Unter den sichergestellten Papieren befinden sich Mitgliederlisten geschlossener Schutzformationen und SPD.-Ortsgruppen, Reichsbannermitgliedsbücher und weiteres belastendes Material, aus dem hervorgeht, daß die Stahlhelmführer bewußt die Marxisten in ihrer Organisation sammelten. Es ist ferner festgestellt, daß die Schutzabteilungen auf Befehl und Verabredung an den Stahlhelm herantreten sind, um auf diese Weise den Kampf gegen die NSDAP. und die nationale Erhebung führen zu können. Mehrere im Hause befindliche Stahlhelmführer und sämtliche dort festgestellten Zivilisten wurden wegen des Verdachts, eine gegenrevolutionäre Unternehmung vorbereitet zu haben, in Haft genommen.

Die Auflösungsverfügung.

Der braunschweigische Innenminister Klagges hat in der Frühe des Dienstag folgende Verfügung bekanntgegeben:

Nach mir vorliegenden Meldungen hat der Stahlhelm im ganzen Lande Braunschweig planmäßig in Waffen Mitglieder marxistischer Organisationen aufgenommen. Selbst ganze Ortsgruppen des Reichsbanners und der SPD. sind auf Grund von Verhandlungen und Verabredungen geschlossen übergetreten. Der Weiterbestand dieser nunmehr vorwiegend marxistischen Organisationen würde eine schwere Gefahr für den Erfolg der nationalen Erhebung bedeuten. Ich löse daher den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, und alle seine Nebenorganisationen im Freistaate Braunschweig mit sofortiger Wirkung auf.

Der braunschweigische Innenminister Klagges hat weiter angeordnet, im gesamten Lande Braunschweig die Stahlhelmhelfspolizei zu entwaffnen.

Weitere Einzelheiten zu Braunschweig.

Nach weiteren Mitteilungen aus Braunschweig sind dort insgesamt 1350 Personen verhaftet worden.

Das Ortskrankenkassengebäude ist mit starken Posten der Schutzpolizei und der Hilfspolizei besetzt. Die rund 1350 Verhafteten sind auf das ganze vierstöckige Gebäude verteilt. Bei den Verhafteten wurden zahlreiche Waffen gefunden. Unter ihnen befinden sich Leute aus überprüften Straßen der Stadt, die erheblich vorbestraft sind. Über das endgültige Schicksal der Verhafteten ist noch keine Entscheidung gefallen. Sie bleiben vorläufig in Haft. Bei den polizeilichen Aktionen kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen, in deren Verlauf eine Reihe von Verletzten zu verzeichnen ist. Die Krankenwagen waren während der ganzen Nacht unterwegs. Allein in das Landeskrankenhaus wurden über 20 Personen eingeliefert, die durchweg Kopfverletzungen haben. Ein Arbeiter liegt mit einem Bauchschuß lebensgefährlich darnieder. Die gesamte Stahlhelmführung des Landes Braunschweig ist bis auf den Führer Winter, der während der Nacht noch nach Berlin zur Berichterstattung gefahren ist, in Haft genommen worden.

An dem Gebäude der Ortskrankenkasse in Braunschweig wurde ein großes Transparent mit der Aufschrift „Adolf-Hitler-Kaserne“ angebracht.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ zu den Zwischenfällen.

Zu den Zwischenfällen in Braunschweig schreibt die „Braunschweigische Landeszeitung“ u. a.:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind wir in Braunschweig mit knapper Not in letzter Stunde einer blutigen Katastrophe entronnen. Hunderte von den Marxisten, die sich bereits als Stahlhelmer wählten, hatten sich bewaffnet, und es versteht sich von selbst, daß sie noch in der Nacht zum Dienstag im ganzen Bereich der Landeshauptstadt in der Masse von Stahlhelmern Einzelaktionen gegen Nationalsozialisten und Deutsch-nationale unternommen hätten. Insgesamt waren nach den polizeilichen Feststellungen gegen Mitternacht im Ortskrankenkassengebäude außer 200 Stahlhelmern 1100 Sozialdemokraten und Kommunisten konzentriert. An den fünf Fingern kann man sich abzählen, was diese Zusammenballung erbitterter Marxisten für Folgen gehabt hätte.“

Was die NSDAP. sagt.

Zu den Vorfällen in Braunschweig wird von nationalsozialistischer Seite erklärt, von links werde schon seit einigen Tagen versucht, die nationalen Verbände von innen heraus zu zersetzen.

In Braunschweig sei aber zum erstenmal von Linksgruppen der Versuch gemacht worden, durch Provokationsabsichten und Provokationen selbst die nationalen Verbände gegeneinander zu bringen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß diese Veruche der Linkstreife damit endgültig erledigt seien und daß der Braunschweiger Vorfall der einzige bleiben werde.

Eine Erklärung des Stahlhelm-bundesamtes.

Zu der Meldung über Auflösung des Stahlhelms in Braunschweig wird vom Stahlhelm-Bundesamt mitgeteilt, daß eine geschlossene Aufnahme von roten Verbänden zum Stahlhelm Braunschweig nicht vorgenommen worden sei. Allerdings seien solche Verbände in geschlossenem Zuge zwecks Aufnahme zum Werkbüro des Stahlhelms gezogen. Etwaige gegen die Reichsregierung gerichtete Rufe aus diesem Zuge seien also nicht dem Stahlhelm zur Last.

Es lasse sich schon übersehen, daß eine Ver-schönerung des braunschweiger Stahlhelms gegen die Regierung, insbesondere gegen den Reichsführer, unter keinen Umständen in Frage komme. Der Bund habe Aufnahmen geschlossener Verbände schon vor Wochen verboten und für Einzelnahmen äußerste Vorsicht und längere Probezeit angeordnet.

Aus Stahlhelmkreisen wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei den zahlreichen in Braunschweig festgestellten Personen vorwiegend um Leute gehandelt habe, die sich anmelden wollten. Die Prüfung der Anmeldungen erfolge aber sehr sorgfältig, und die Aufnahme sei erst nach drei bis sechs Monaten möglich, wenn zwei Stahlhelmmitglieder für den Neuzunehmenden als Paten bürgen. Eine unkontrollierte sofortige Aufnahme oder gar eine Einstellung neuangemeldeter Personen als Hilfspolizei komme daher gar nicht in Frage.

Infolge der Vorgänge in Braunschweig haben zahlreiche Gaue des Stahlhelms, soweit nicht bereits eine Aufnahme perre bestand, eine solche bis auf weiteres angeordnet. Im übrigen wird bei der Aufnahme neuer Mitglieder Vorzorge getroffen, daß ungeeignete Elemente nicht in den Stahlhelm eindringen können.

Stellungnahme der Deutschnationalen.

Zu den Vorgängen in Braunschweig erklären der Landesvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Studentrat Baumann, und Dr. Langebartels, der Landesvorstand sei sofort zusammengebeten worden, um zu den Ereignissen eingehend Stellung zu nehmen. Die Deutschnationale Volkspartei sei aus dem Grunde an den überraschenden Vorgängen interessiert, weil sie bei den letzten Wahlen in der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zusammen mit dem Stahlhelm gestanden habe. Die Deutschnationale Volkspartei habe die größten Bedenken dagegen und lehne es für ihre Organisation in der entschiedensten Weise ab, Marxisten einzeln oder in Gruppen bereits jetzt aufzunehmen, da die Gefahr der Überflügelung sonst gegeben sein könne.

Nur die erprobten nationalen Kreise seien in den gegenwärtigen Tagen geeignet, die nationale Entwicklung zielbewußt, aber auch stetig und ruhig zu betreiben. Die Deutschnationale Volkspartei führe den Kampf gegen den Bolschewismus Schuster an Schuster mit der NSDAP. in unverminderter Stärke weiter, da der Bolschewismus noch keineswegs beseitigt sei.

Die Absichten des Reichsbanners.

Über die Lage im Lande Braunschweig gibt das Kommando der Schutzpolizei einen Bericht heraus, in dem es heißt: Im Restaurant Meyerhenke in Negenborn wurden 34 Reichsbannerleute festgenommen. Die Reichsbannerleute, nach ihrem Ziel befragt, gaben an, daß sie das Reichsbanner weiterführen wollten unter der Flagge des Stahlhelms, um damit ihre bisherigen Ziele weiterzuverfolgen, da es so nicht weitergehe. Es müsse vielmehr jetzt etwas unternommen werden, auch müsse es jetzt wieder anders herumgehen. Um sich den Hausfuchungen zu entziehen, wollten sie im Stahlhelm mitmachen.



Stahlhelmführer von Morozowicz

ist als Kommissar zur besonderen Verwendung ins preussische Ministerium des Innern berufen worden.

Das Stahlhelm-Verbot aufgehoben.

Zum 1. April.

Nach mehr als fünfständiger Beratung im braunschweigischen Staatsministerium wurde am 22. April folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Die Reichsregierung erkennt die vom braunschweigischen Innenminister Klagges gegenüber dem Stahlhelm, Gau Braunschweig, Stadt ergriffenen energischen Maßnahmen als berechtigt an. Nachdem der Reichsarbeitsminister Franz Selbte als 1. Bundesführer die Disziplinar-erledigung der Angelegenheit zugesagt hat und die Gefahr einer illegalen Aktion marxistischer Organisationen unter falschem Decknamen beseitigt ist, wird Minister Klagges das für das Land Braunschweig ausgesprochene Verbot des Stahlhelms mit dem 1. April 1933 aufheben.

Sondergericht in Braunschweig.

Der braunschweigische Justizminister hat dem Oberlandesgerichtspräsidenten und dem Generalstaatsanwalt eine Verfügung zugehen lassen, durch die für den Bezirk des Oberlandesgerichts Braunschweig ein Sondergericht gebildet wird. Zu diesem Sondergericht wird der Oberstaatsanwalt bestellt, dem als Vertreter die Staatsanwälte Rasche und Dr. Seelmeier beigegeben sind.

Der braunschweigische Oberlandesgerichtspräsident verschwunden.

Der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Dr. Röpke war am Montag in der Stadt nicht aufzufinden. Er hatte, wie erklärt wird, eine vertrauliche Dienstangelegenheit mit einer ausstehenden Person besprochen, und auf Grund dieser Besprechung wäre wohl anzunehmen, daß gegen den obersten Richter des Landes ein-geschritten worden wäre. Auf seinen Posten als Oberlandesgerichtspräsident wird Dr. Röpke jedenfalls nicht zurückkehren.

Sitzung der Gemeindevertretung Halver

Gemeindevertreter in Braun in Halver. Einführung und Verpflichtung der neuen Vertretung.

Wahlen:

Gemeindevorsteher: Adolf Haase (NSDAP.), Halver, Stellvertreter: Wilh. Bremicker (NSDAP.) Schöneberge.

Neuer Wille und Weg.

Halver, den 29. März 1933.

Am gestrigen Dienstag, dem 28. März, begann eine neue Epoche in der Geschichte unserer Gemeinde. Vor dem Amtshause flatterten die Fahnen: Schwarz-Weiß-Rot und die Hakenkreuzfahne. Der Sitzungssaal war ebenfalls an der Spitze mit den beiden Fahnen geschmückt, außerdem prangten an derselben Wand unterhalb der Fahnen, die Bilder des Reichspräsidenten v. Hindenburg und des Reichskanzlers Adolf Hitler, die Gemeindevertreter der NSDAP. erschienen sämtlich in Braunkleidern; ein Trupp SA-Männer mit ihrem Führer hatten vor dem Eingang des Amtshauses Aufstellung genommen und grüßten den Einmarsch der neuen Vertreter mit einem „Heil Hitler“. Getragen von dem Vertrauen weitestgehender Bevölkerung ist die NSDAP. die stärkste und ausschlaggebende Partei der Gemeindevertretung geworden. Mit 8 Stimmen von den 15 Vertretern hat sie die absolute Mehrheit, die zukünftig die Geschichte der Gemeinde nach ihrem Willen leiten wird. Wie Vertr. Reitz nach Schluß der öffentlichen Sitzung ausdrücklich erklärte, ist die NSDAP. dabei gewillt, auch außerhalb der nationalen Front mit allen denjenigen Parteien zusammenzuarbeiten, die geneigt sind, sich auf den Boden der erfolgten Neuordnung Deutschlands zu stellen. Er ließ dabei aber keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die nationale Front gegebenenfalls gewillt ist, Herr im deutschen Hause zu sein. Wir betrachten uns als die Soldaten unseres Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler, die sich berufen und verpflichtet fühlen, dessen Idee unbeirrt durchzuführen.

Man wird diesen sachlichen, wie verbindenden Ausführungen umso mehr zustimmen, als die unausbleiblichen Folgen irgendwelcher parlamentarischer Obstruktion von denjenigen Parteien selbst verantwortet werden müssen, die die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstanden haben.

Die Sitzung leitete der bisherige stellvertretende Gemeindevorsteher Adolf Welter, der eingangs erklärte, daß es ihm eine besondere Ehre sei, die heutige Gemeindevertretung eröffnen und leiten zu dürfen. Es sei ein formeller Akt, der aber mit einem geschichtlichen Geschehen verbunden sei. Geschichtliche Zeitabschnitte sind in der Gemeinde stets festgehalten worden. So das Ereignis im Jahre 1919 im Wille festgehalten sei, werde auch dieser geschichtliche Zeitabschnitt auf der Platte festgehalten werden.

Die Tagesordnung wickelte sich glatt und schnell ab. Der Einführung und Verpflichtung folgten die Wahlen der verschiedenen Kommissionen. Wenn auch der Vertreter der SPD. eingangs Einspruch gegen die Wahl durch Zuzuf einlegte, so ließ er sich doch auf Zureden von der Unzumutbarkeit seines Antrages belehren und zog darauf den erhobenen Einspruch zurück. Ein eingebrachter Dringlichkeitsantrag der NSDAP. auf Anbringung der Bilder des Reichskanzlers Adolf Hitler, des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers v. Bismarck im Sitzungssaal des Amtshauses, wurde einstimmig gutgeheißen.

Sitzungsbericht.

Zur ersten Sitzung des am 12. März neugewählten Gemeindeparlamentes sind die Vertreter mit Ausnahme der Kommunisten, sowie des Vertr. der SPD. Theodor Schmitt, der das auf ihn gefallene Mandat nicht angenommen hat, sämtlich erschienen. Außerdem von der Verwaltung Bürgermeister Watermann, stellv. Gemeindevorsteher Adolf Welter und der Protokollführer Amtsobersekretär M. Lauseberg. Der Sitzungssaal zeigte wie oben angegeben die Farben des nationalen Deutschland. Der Zuhörerraum sah gedrängt voll, alle wollten Zeuge sein dieses geschichtlichen Zeitabschnittes.

Pünktlich um 3 Uhr eröffnete Vorsteher Welter die Sitzung mit einer Ansprache, in der er inhaltlich etwa folgendes ausführte: „Es ist mir eine besondere Ehre, die erste Sitzung der neugewählten Vertretung begrüßen und die Vertreter in ihr Amt einführen zu können. Nicht nur ein formeller Akt sei die heutige Einführung, sondern diese Vertretung verbinde eine geschichtliche Bedeutung in ihrem Entstehen, da es sich nicht um eine turnusmäßige Wahl handle, sondern um eine Wahl, bei der wir an der Schwelle eines Zeitabschnittes ständen; Zeitabschnitte seien Marksteine, die mit aufgehobenem Finger in die Vergangenheit zurückzeigten, Zeitabschnitte seien Marksteine, welche die Errungenschaften früherer Jahre verkündeten und ins Gedächtnis zurückriefen. Als im Jahre 1919 die letzte Sitzung der alten Vertretung aus der Kriegszeit getagt hätte, sei dieser Augenblick im Wille festgehalten, eines dieser Bilder befände sich im Arbeitszimmer des Herrn Bürgermeister und trüge die Unterschrift „An der Schwelle der neuen Zeit“, einer Zeit, die in den Novemberjahren 1918 geboren sei. Mit größter Besorgnis hätten national gesinnte Männer in jener Zeit in die Zukunft Deutschlands geschaut, nicht braufender Jubel, wie am 21. März d. J. sei durch die Lande geblasen. Nur vielfältig sei das wertvolle Volk hoffnungsfreudig der Revolution gefolgt. Aber, es sei noch nie ein Volk so enttäuscht, nein betrogen worden, wie das arbeitende Volk von seinen Führern und seiner Regierung. Die deutsche Wirtschaft bilde ein Chaos und ein Trümmerhaufen und doch ständen wir heute voll Vertrauen vor der deutschen Zukunft. „Was wir auch verloren, was zertrümmert, was zerstört, einmal wird das Heil geboren jeder Leid bedrückten Welt. Einmal wird der Sieg zum Lohne dem, der mutig hebt das Haupt, aber dem nur wird die Krone, der an seine Sendung glaubt.“ Und der deutsche Nationalsozialist wäre sich seiner Sendung bewußt und hätte keinen Augenblick den Glauben an sein Deutschland verloren. In unerlöschlichem Glauben habe Adolf Hitler für sein Volk gekämpft, mit festem Optimismus, mit dem Glauben an die Vollendung. In diesem Kampfe würden wir ihm freudig Gefolgschaft leisten, auch an dieser Stelle, in der Vertretung zu unserm Teile für den Wiederaufbau Deutschlands arbeiten. Würden die Städte und Gemeinden gefunden, dann würde auch Deutschland, unser Vaterland wieder blühen. Sparsamkeit, Pflichterfüllung und Sauberkeit sei der Weg der beschritten werden müßte, Gemeinnutz geht vor Eigennutz und in diesem Streben würden die Arbeiten zum Segen der Gemeinde und des Vaterlandes reichen.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest er noch ein Schreiben des bisherigen Gemeindevorstehers Wilh. Fernholz, das wir hier im Wortlaut folgen lassen:

Halver, den 21. März 1933.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem ich 14 Jahre lang in uneigennützigster und gewissenhaftester Weise, frei von allem Parteigang, der Gemeinde Halver ehrenamtlich die Geschäfte der Gemeinde geführt habe, trete ich mit dem heutigen Tage von meinem Amt zurück.

Indem ich Sie, Herr Bürgermeister, bitte, hier von Kenntnis zu nehmen, verbleibe ich

Ihr ergebener Fernholz.“

Alsdann wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht als erster Punkt die

1. Einführung der neuen Mitglieder.

Nach § 30 der Westfälischen Landgemeindeordnung sind die neuen Gemeinde-Verordneten in ihr Amt einzuführen und durch Handschlag auf das Amt zu verpflichten. Vorsteher Welter weist kurz auf die Rechte und Pflichten, die sich aus der Westf. Gemeindeordnung und anderen gesetzlichen Verpflichtungen ergeben hin und verpflichtete darauf jeden einzelnen Vertreter durch Handschlag an Eidesstatt.

2. Wahl des Gemeinde-Vorstehers.

Vertr. Paul Steller schlägt namens der NSDAP. den Kaufmann Adolf Haase-Halver vor. Da kein anderer Vorschlag erfolgt, gilt Vertr. Haase als gewählt, der die Wahl des Vorstehers annimmt.

3. Wahl des Gemeinde-Vorsteher-Stellvertreters.

Vertr. Paul Steller schlägt namens der NSDAP. den Gutsherrn Wilh. Bremicker-Schöneberge vor. Auch hier erfolgte kein weiterer Vorschlag und ist die Wahl der beiden Vorsteher beendet.

Vor der Neuwahl der verschiedenen Kommissionen teilt Vorsteher Welter mit, daß die gesetzlichen Bestimmungen 2 Wahlhandlungen zulassen, und zwar einmal, wenn niemand widerspricht, die Wahl durch einfachen Zuzuf und zum andern die Verhältniswahl. Für die Wahlen, die nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl vorgenommen werden müssen, ist es notwendig, daß die Gemeindevertretung zunächst für diese Art der Durchführung den Wahlvorstand ernennt und die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge sowie die Zahl der erforderlichen Unterschriften festlegt.

Vertr. Bremicker ist für Verständigung und bittet um Berücksichtigung seiner evtl. Vorschläge. Recht müsse Recht bleiben.

Vertr. Steller ist für die Wahl durch Zuzuf, lehnt es aber grundsätzlich ab, mit der SPD. zusammen zu arbeiten. Seine Partei würde keine Mitarbeit in den einzelnen Ausschüssen dulden. Daraufhin legt Vertr. Bremicker Einspruch gegen die Wahl durch Zuzuf ein und beantragt die Verhältniswahl.

Vertr. Lauseberg bittet Vertr. Bremicker, doch zu berücksichtigen, daß seine Partei nur bei den großen Ausschüssen, wie Fürsorgeausschuß und Berufsschulkommission mit einem Mitgliede in Frage käme und auf dieses Mitglied würde die Partei doch keinen großen Wert legen. Es wäre da doch richtiger, wenn er seinen Einspruch zurück nähme.

Vertr. Bremicker erklärt nochmals: Das Recht muß auch als Recht anerkannt werden. Vertr. Reitz erklärt darauf, Recht soll Recht bleiben. Seine Partei arbeite grundsätzlich nicht mit der SPD. Bezüglich des Rechts hätten sie dieses früher einsehen müssen. Vertr. Zimmermann ist der Meinung, Vertr. Bremicker habe seine Ansicht sehr geändert, früher seien die Wahlen stets durch Zuzuf erfolgt. Darauf zieht Vertr. Bremicker seinen erhobenen Einspruch zurück. Vorsteher Welter teilt noch mit, daß der Bürgermeister und der Gemeindevorsteher allen Kommissionen gesetzmäßig angehören.

4a. Schuldeputation Halver.

Als ständige Mitglieder gehören hierzu:

Der Gemeindevorstand, zwei Pfarrer und zwei Lehrer, außerdem 4 zu wählende Mitglieder. Es werden gewählt: Eugen Zimmermann, Willi Böhle, Artur Holthaus, Carlhausen und Herrn. Wiebusch, Dahlhausen.

4b. Kuratorium der Rektoratschule.

Es sind 4 Mitglieder zu wählen: Gewählt wurden Carl Clever-Gicholz, Rud. Reitz, Rud. Heinemann und Max Steller, sämtlich aus Halver.

Flugsport und Wehrwille.

Die Aufgaben des deutschen Flugsport-Verbandes.

Der Präsident des neuen deutschen Flugsport-Verbandes, Loerzer, sprach sich über die Ziele und Aufgaben des neuen Verbandes aus.

Wenn auch der alte Verband die gleichen Ziele zu erreichen versuchte, so konnte das aus besonderen Gründen doch nicht mit dem Nachdruck und auch dem Erfolg geschehen, wie es eigentlich notwendig gewesen wäre. Der neue Verband will, so führt Präsident Loerzer aus, in Zukunft bewußter und lauter betonen, daß die Förderung des Flugsports dem nationalen Willen des deutschen Volkes entspricht und der Stärkung des Wehrwillens dient. Wenn auch keine militärische Betätigung erfolgen soll, so sollen doch die Kräfte gefördert werden, die in unserer Jugend stecken, die sich danach sehnen, für den Kampf um die Sicherheit und Lebensbejahung des Volkes gestählt zu werden. Wir brauchen keinen zaghaften Ausdruck mehr für die Absicht, den Wehrwillen zu haben, denn das kann nicht verboten werden, so meinte Loerzer entschieden. Es soll dem Volk mehr denn bisher Gelegenheit zur Betätigung im Flugsport gegeben werden, wie auch jeder nach seiner Veranlagung im Flugsport tätig sein soll.

Über die Organisation des neuen Verbandes heißt es dann noch folgendermaßen: Während früher die Verbandsebene parlamentarischen Grundgesetzen erfolgte und die Leiter nach demokratischen Grundregeln gewählt wurden, ist jetzt der umgekehrte Weg eingeschlagen worden.

4c. Schulvorstand der Berufsschule.

Es sind 9 Mitglieder zu wählen: Gewählt wurden Wilh. Kerspe I. Halber, Elberfelderstr., Wilh. Rodemann, Rud. Reitz, Emil Kreinberg, Emil Fernholz, Wilh. Bell, aus Halver, Rob. Wolzenburg-Buschhausen und Heint. Rückelhaus-Halver.

4d. Schulvorstand des Gesamtschulverbandes Oberbrügge. Gewählt wurde: Fritz Pixberg-Oberbrügge.

4e. Schulvorstand des Gesamtschulverbandes Mühlen-Schmidhausen.

Gewählt wurde: Wilh. Pulvermacher-Hinterhefeld.

4f. Jugendpflege-Ausschuß.

Es sind 9 Mitglieder zu wählen. Gewählt wurden: Rektoratschullehrer L. Brandau, Lehrer Lemde-Heesfeld, Gerhard Kerspe, Adolf Kautner-Schwenke, Carl Lauseberg-M. Bahlefeld, Jac. Heinert, Erich Grüber-Schwenke und Fritz Schönebeck-Halver.

4g. Wasserwerke-Deputation Halver.

Hier sind 3 Mitglieder zu wählen. Gewählt wurden: Aug. Brückmann, Rud. Reitz und Emil Fernholz-Halver.

4h, j, k. Die Kommissionen zur Begutachtung der Steuererlassanträge, Rechnungsprüfer für die Gemeindefinanzrechnung 1932 und Finanzkommission

wurden nachstehenden 6 Mitgliedern übertragen: Walter Theissen-Stien-Gichhofen, Herrn. Vormann-Othmaringhausen, Carl Mende, Rud. Reitz, Max Schäfer und Adolf Turck.

4i. Begebaukommission.

Zu Mitgliedern wurden ernannt: Herrn. Vormann-Othmaringhausen, Rud. Reitz, Eugen Zimmermann-Anschlag, Carl Lauseberg-Bahlefeld.

Eine Anfrage betr. Neuwahl der Steuerkommissionen wurde von der Verwaltung dahin beantwortet, daß diese Einrichtungen eine staatliche sei und bisher noch keine Verfügungen ergangen seien. Vertr. Steller brachte anschließend folgenden Dringlichkeitsantrag ein: In dem Sitzungssaal die Bilder des Reichspräsidenten v. Hindenburg, des Reichskanzlers Adolf Hitler und Altkanzlers v. Bismarck anzubringen. Widerspruch erfolgte nicht und damit ist der Antrag angenommen. Vertr. Mende beantragte für die Zukunft die Sitzungen später einzuberäumen, etwa gegen 6 Uhr abends, damit die Vertreter keinen Arbeitsausfall hätten und dadurch die Arbeitsverhältnisse gespart werden könnten. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nach Verlesen des Protokolls wurde die Sitzung geschlossen. Anschließend hielt Vertr. Reitz eine kurze Ansprache:

„Wenn wir Nationalsozialisten heute im Braunkleid hier erschienen sind so geschieht das nicht, etwa weil wir uns darin besser gefallen. Wir wollen hiermit lediglich auch nach außen hin dokumentieren, daß damit ein neuer Geist eingeblasen ist. Die Wählerschaft Halvers hat uns am 12. März einen überwältigenden Beweis ihres Vertrauens gegeben. Diese Wahl galt weniger, wie man so gerne behauptete der Einzelperson, sondern der Idee Adolf Hitlers. Es ist schon so, wie es in einem Inzerat zum Ausdruck gebracht wurde, die Wählerschaft hat die Augen aufgemacht. Wer heute noch behauptet die Wahlen zur Gemeinde- oder Amtsvertretung seien keine politischen Wahlen, der hinkt, wenn er es auch wirklich ehrlich meint; einige Jahre hinten nach; der hat offenbar noch nicht gemerkt, daß nach dieser Richtung eine völlige geistige Umgestaltung stattgefunden hat. Deutschland ist bewusst politisch geworden auch in den Gemeindeparlamenten, deshalb zieht auch das Aushängeschild von der Persönlichkeitswahl nicht mehr.“

Wir betrachten uns hier als die Soldaten unseres Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler, die sich berufen und verpflichtet fühlen, dessen Idee unbeirrt durchzuführen.

Wir sind grundsätzlich bereit, jedem die Hand zu reichen der bereit ist, mit uns zusammenzuarbeiten zum Wohle der Gemeinde. Selbstverständlich werden wir den Leuten, die uns und unsere Bewegung noch vor wenigen Monaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Kampf ansagten, die unsere SA-Leute als kostümierte Indianer bezeichneten, nicht um den Hals fallen.

Wir haben unseren Kampf nicht geführt allein des Kampfes wegen. Oberste Richtschnur war für uns stets die Erreichung unseres Endzieles, das da heißt Rettung der Nation vor dem Untergang. Und so wollen wir Nationalsozialisten auch hier im Gemeindeparlament nur das tun, was der Gemeinde nützlich ist.

Der 5. und 12. März und nicht zuletzt die letzte Reichstagsitzung haben Adolf Hitler das Mandat des Volkes gegeben. Adolf Hitler und niemand anders hat das Recht und die Pflicht die Geschichte des deutschen Volkes zu leiten und wir werden ihm die Garanten dafür sein.“

Vertr. Reitz schloß mit einem Heil Sieg auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg und den Reichskanzler Adolf Hitler, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Eine photographische Aufnahme hielt die erste Sitzung mit ihren Vertretern im Wille fest.

Von nun an bestimmt die Spitze selbständig, wie die Durchführung des Sports künftig erfolgen soll. In jedem Jahr soll eine ordentliche Mitgliederversammlung abgehalten werden, bei der aber nicht wie bisher große Redeschlachten geschlagen werden können, da der Senat nur aus neun Mitgliedern bestehen soll, also nur rund ein Duzend Stimmberechtigte beraten. Dies ist erfahrungsgemäß fruchtbringender als die Arbeit eines großen Parlaments. Die innerdeutschen Landesgrenzen werden endlich auf dem Gebiet der Luftfahrt fallen, und Eigenbrötelei wird nicht mehr geduldet werden.

Für die Einigung des gesamten deutschen Bauerntums.

Der Reichslandbund labet die Bauernorganisationen zum 4. April ein.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hatte bereits in seiner Entschließung vom 22. März die Notwendigkeit betont, das Landvolk sämtlicher deutscher Stämme und Gauen zu der alle Teile des Vaterlandes umfassenden freien Kampfsorganisation des deutschen Bauern im neuen Reich zu sammeln, und hat damit dem im gesamten deutschen Bauerntum bestehenden Willen zur Einigung Ausdruck gegeben. In Verfolg dieser Entschließung des Bundesvorstandes hat das Präsidium des Reichslandbundes die Spitzenvertretungen der übrigen landwirtschaftlichen wirtschaftspolitischen Bauernorganisationen (Vereinigung der

Das Württembergische Innenministerium hat den Mißbrauch des Horst-Wessel-Liedes, wenn dasselbe bei ungeeigneten Anlässen und unpassenden Orten, wie zum Beispiel in Gastwirtschaften oder ohne besonderen Grund auf öffentlichen Straßen und Plätzen, gesungen wird, bei Strafbefehl untersagt.

Hitler in Tegernsee

Beratung mit General v. Epp.

Wie amtlich mitgeteilt wird, blieb Reichskanzler Adolf Hitler entgegen seiner ursprünglichen Absicht auch am Freitag noch in München, um sich vorübergehenden Gesandten der Parteiführung zu widmen. Nachmittags besuchte der Reichskanzler im Kraftwagen nach Tegernsee, wo er eine längere Besprechung mit dem kommissarischen Ministerpräsidenten, General v. Epp und Staatssekretär Esser über die politische Lage und weitere Gestaltung der Dinge in Bayern hatte. Der Reichskanzler kehrte am Mittwochfrüh sieben Uhr nach Berlin zurück. Der kommissarische Ministerpräsident General v. Epp und Staatssekretär Esser werden sich am Donnerstagfrüh im Flugzeug in die Pfalz begeben.

Erlaß Görings an die Polizeibeamten.

Sühne für die gewissenlose Handlungsweise der Braun-Severing-Regierung.

Der kommissarische preussische Innenminister Göring hat an alle preussischen Polizeibeamten folgenden Erlaß herausgegeben:

Die Minister der sogenannten preussischen Koalitionsregierung haben 1,4 Millionen Mark, die für die Verbesserung eurer Unterbringung und Ausrüstung bestimmt waren, für rein parteipolitische Zwecke der Regierung Braun-Severing verwendet. Die Mehrzahl der Schuldigen hat sich der Verantwortung vor den preussischen Gerichten durch die Flucht entzogen. Ich werde nicht rasten, bis diese gewissenlose Handlungsweise ihre verdiente Sühne gefunden hat. Für die Wiederautmachung des euch zugefügten Schadens werde ich durch die Beschlagnahme aller Einkünfte und sonstigen greifbaren Vermögensstücke der ehemaligen Regierungsmitglieder Sorge tragen.

Justizminister Kerrl

empfangt die Landesobleute der nationalsozialistischen Juristen.

Der preussische Justizminister Kerrl empfing am Dienstag, wie der „Zeitungsdienst“ meldet, die Landesstellenleiter der NSDAP in Preußen.

Herzlich begrüßt, ergriff Justizminister Kerrl das Wort. Es möge manchem gewundert haben, so begann der Minister, da ein nicht Fachjurist Leiter des wohl schwierigsten Ministeriums in Preußen geworden sei. Er selbst habe zunächst innere Bedenken gehabt. Dann habe er aber freudig das Amt übernommen, weil ein Nichtjurist weniger Hemmungen beim Aufräumen zu haben brauche, als ein Jurist. An den nächsten Maßnahmen des Ministeriums sei eine sachliche Kritik durchaus zulässig und erwünscht, um im Zusammenpiel aller Kräfte das denkbar Beste zu erreichen. Gegen Mängel würde er aber scharf angegangen werden. Ziel der Änderungen sei es, daß an Stelle des bestehenden spezialisierten Mechanismus ein lebendiger, allgemein wirkender Organismus trete. Im Streben nach dem Wohl der Gesamtheit müsse alle Arbeit aufgehen. Die nächsten Jahre würden und müßten eine Revolutionierung des gesamten Kulturlebens bringen. An dieser Aufgabe mitzuwirken sei Pflicht der deutschen Rechtspflege und werde höchste innere Befriedigung bringen. Es müsse gearbeitet werden auf Grund einer erlebten Weltanschauung, während bisher im Gebäude des Justizministeriums eine Weltanschauung überhaupt nicht geherrscht habe.

Dr. Freisler dankte dem Minister für seine Worte und gelobte aufopferungsvolle und selbstlose Mitarbeit des Juristenbundes, der durch seine fertige Organisation gute Mitarbeit leisten könne.

Wiederverhaftung von Gontards angeordnet.

Der Reichskommissar für das preussische Justizministerium, Kerrl, hat auf Grund eines Vortrages des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht I Berlin, Wilde, persönlich die sofortige Wiederverhaftung des Generaldirektors Paul von Gontard, der kürzlich gegen Sicherheitsleistung von 500.000 Mark aus der Haft entlassen worden war, angeordnet und Anweisung erteilt, die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung zu beantragen.

Der Reichskommissar hat ferner die Beurlaubung des Generalstaatsanwalts Wilde verfügt.

Die Reform des Krankentassenwesens.

Reichskommissar für Ortskrankentassen ernannt.

Der Reichsarbeitsminister hat in Fortführung seiner Maßnahmen auf dem Gebiet der Reform des Krankentassenwesens einen Reichskommissar für die allgemeinen Ortskrankentassen Götthardt, Gera, Sonneberg, Gehren (Thüringen) und Wandersbaken ernannt. Ferner wurde der Kommissar für den Verband der Krankentassen im Bezirk des Oberfinanzpräsidenten Berlin ermächtigt und beauftragt, an Stelle der Verbandsgremien die Geschäfte dieses Verbandes zu übernehmen. Ebenso wird ein Beauftragter des Reichsarbeitsministers die Geschäfte des Hauptverbandes Deutscher Krankentassen, der zur Zeit von der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft geprüft wird, führen.

Kommunisten von Gemeindevertretungen ausgeschlossen.

Der Reichskommissar für das Land Preußen, Bizekanzler von Papen, teilt durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst mit: „Der preussische Kommissar des Innern (Kommissar des Reiches) hat durch besonderen Hunderlaß vom 20. März d. J. angeordnet, daß die Vertreter der kommunistischen Partei Deutschlands an Sitzungen der Vertretungskörperschaften von Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht teilnehmen dürfen, da sie sämtlich unter dem Verdacht des Hochverrats stehen. Ihre Ladung hat daher zu unterbleiben.“

Die Reform des landwirtschaftlichen Marktwesens.

Amtliche Kontrolle der Preisnotierungen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind die Vorarbeiten für eine Reform des landwirtschaftlichen Marktwesens im ganzen Reichsgebiet eingeleitet worden. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Reform der Produktenbörsen und Getreidemärkte, sondern auch die Märkte der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollen neu organisiert und in möglichst weitgehendem Maße einer amtlichen Kontrolle unterworfen werden. Hierfür kommen u. a. die Märkte für Butter, Eier, Kartoffeln, Gemüse usw. in Frage.

Diese Märkte sind bisher durchweg rein privater Natur. Im Hinblick auf die große Bedeutung der Preisnotierungen, die an diesen Märkten vorgenommen werden, erscheint es jedoch notwendig, eine Umorganisation vorzunehmen, wie es das öffentliche Interesse erfordert. Die Interessen der Länder werden bei dieser Reform des landwirtschaftlichen Marktwesens trotz einheitlicher Leitung durch das Reich selbstverständlich berücksichtigt werden.

Roggenpende der Reichsregierung.

20.000 Zentner Brotgetreide für bedürftige Bauern.

Wie der Regierungspräsident von Trier mitteilt, sind im Rahmen der Hilfsmaßnahmen für Bauern in den Gebirgswaldgebieten, in denen kein Brotgetreide angebaut wird, für den Bezirk Trier 20.000 Zentner Roggen unentgeltlich von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt worden, die frachtfrei bis zur nächsten Bahnstation geliefert werden.

Die Abrüstungskonferenz auf den 25. April vertagt.

Noch in letzter Minute

französisch-tschechische Sabotageversuche.

Die Abrüstungskonferenz ist am Montagabend bis zum 25. April vertagt worden. Der Hauptausschuß nahm mit 44 Stimmen ohne Gegenstimmen einen Antrag des Generaldirektors Benesch an, in dem der englische Abrüstungsplan als die Grundlage der weiteren Verhandlungen unter dem Vorbehalt von Zusatz- und Änderungsanträgen erklärt wird. Die Konferenz wird Ende April unverzüglich die artifizelle Lösung des englischen Abkommensentwurfs aufnehmen.

In der Schlussitzung kam es zu einem lebhaften Zwischenfall. Der Vertragsantrag Benesch enthält den verfehlten Versuch, die Konferenz auf den französischen Abrüstungsplan und sämtliche anderen für Deutschland völlig untragbaren bisherigen Konferenzbeschlüsse festzulegen! Deutschland, Italien, Sowjetrußland, Österreich, Ungarn und Bulgarien widersetzten sich energisch dieser unbegründeten Bindung, worauf sich Präsident Henderson gezwungen sah (!), die dahingehenden Sätze des Vertragsantrages als überflüssig zu erklären.

Durch die Entschließung des Hauptausschusses sind nunmehr die gesamten weiteren Konferenzarbeiten endgültig auf den englischen Abrüstungsplan festgelegt. Es kommt jetzt die entscheidende politische Auseinandersetzung über die ziffernmäßige Festsetzung des Rüstungsstandes der einzelnen Länder. Damit beginnt auch für Deutschland

der Endkampf um die deutsche Wehrfreiheit und den künftigen Rüstungsstand. Entscheidend werden jetzt die großen diplomatischen Verhandlungen über den italienischen Vorschlag der vier Großmächte sein. Unter stürmischem Beifall wurden die Verhandlungen abgeschlossen. Erfreut und erleichtert verließen die meisten Abordnungen noch in den Abendstunden des Montag Genf.

Beck und Titulescu nach Paris unterwegs

Sie wollen Aufklärung über Frankreichs Haltung fordern.

Der polnische Außenminister Beck ist aus Warschau nach Paris abgereist. Wie bereits gemeldet, wird der rumänische Außenminister Titulescu am Mittwochabend in Paris erwartet. Zu diesem Besuch schreibt die nationalsozialistische Presse, Titulescu käme nach Paris im Auftrag der Kleinen Entente, um von der französischen Regierung unmissverständliche Erklärungen über ihre Haltung gegenüber dem Entwurf zu einem europäischen Direktorium und der Revision der Verträge zu erhalten.

Lokales und Provinzielles

1933 APRIL 23 1933

Die Zensur.

Nicht alle Schüler und Schülerinnen hören gern von der „Zensur“ reden: man liebt sie nicht allzulebhaft, und von vielen wird sie gefürchtet. Trotzdem ist sie nicht zu umgehen: sie ist mehr als nur ein „notwendiges Übel“ und von größter Wichtigkeit nicht nur für den, der sie bekommt, und der nun schwarz auf weiß ein schulisches Zeugnis über seine Leistungen besitzt und sich danach richten kann, sondern auch und in beinahe noch höherem Maße für die Herren Eltern, die jederzeit über das Können oder Nichtkönnen ihrer Kinder unterrichtet sein müssen. Da die Zeit der ganz großen Zensuren des Jahres, der ausschlaggebenden Oster- oder Verlesungs-zensuren, immer näher rückt, muß die wirkliche Bedeutung der Schulzeugnisse ganz besonders betont werden.

Aber noch aus einem anderen Grunde muß sie das. Ist doch im Lande Preußen vor kurzem eine einschneidende Änderung in der künftigen Gestaltung der Zensuren beschlossen worden. Seit der Weihnachtszeit 1930 wurden in den preussischen Schulen nur die Leistungen der Schüler und Schülerinnen in den Zeugnissen bewertet: was einer oder eine in den einzelnen Schulfächern, in Deutsch, Rechnen, Latein usw., im Laufe einer bestimmten Zeit zuwegegebracht hatte, das wurde im Schulzeugnis beglaubigt. „Allgemeine Urteile“ aber gab es seit damals nicht mehr. Als „allgemeine Urteile“ galten die Urteile über das Betragen, über die Aufmerksamkeit und über den Fleiß der Schüler. Das alles soll nun hinfort wieder hinein in das Zeugnis, und zwar auf besonderen Wunsch der Mehrzahl der Eltern und Lehrer. Die Werturteile über das sittliche Verhalten und über die Aufmerksamkeit der Schüler sollen aber im allgemeinen nur in den Zensuren der unteren und mittleren Klassen der höheren Schulen und der Mittelschulen zu finden sein: für die oberen Klassen kommen sie nur in

besonderen Fällen in Frage, also wahrscheinlich nur dann, wenn Schüler dieser Klassen sich nicht so verhalten, wie sie sich verhalten müßten.

Wenn wir hier immer vom „sittlichen Verhalten“ sprechen, so hat das seinen triftigen Grund: es soll nämlich von jetzt an in den Zensuren nicht mehr das „Betragen“ beurteilt werden, sondern das „Verhalten in der Schule“, nicht mehr die „Aufmerksamkeit“, sondern die „Beteiligung am Unterricht“. War das „Verhalten in der Schule“ angemessen, so wird es kurzweg als „gut“ bezeichnet. Ist etwas Besonderes hierüber zu sagen, sei es nach der Lob-, sei es nach der Tadelseite hin, so ist eine „entsprechende nähere Bemerkung“ zu machen. Schulstrafen, die der Schüler bereits hinter sich hat, sind auf der Zensur nicht mehr zu erwähnen. Mit der „Beteiligung am Unterricht“, der früheren „Aufmerksamkeit“, verhält es sich ähnlich: sie ist nicht zu kennzeichnen durch ein allgemeines, wenigsaßendes Bemerkel, sondern durch eine dem einzelnen Schüler in Lob oder Tadel individuell gerecht werdende Äußerung.

Man weiß also jetzt ungefähr, wie in Zukunft in Preußen die Zensuren unserer Sprößlinge beschaffen sein werden. Daß sie fortan auch wieder Weihnachtszensuren zu Beginn der Weihnachtsferien bekommen sollen, sei nur nebenher erwähnt. Wie gesagt: nicht allen wird das eine reine Freude bereiten, aber darauf kann es nicht ankommen. Man kann höchstens den aufrichtigen Wunsch aussprechen, daß alle Zensuren aller Schüler und Schülerinnen durchweg gut ausfallen mögen, auch was das „sittliche Verhalten“ und die „Beteiligung am Unterricht“ betrifft, auf daß nicht nur die „Zensuren“ persönlich, sondern auch die erwähnten Herren Eltern zufrieden seien.

Wieder Sommerurlaubsarten auf der Reichsbahn.

Die Reichsbahn wird in diesem Jahr Sommerurlaubsarten mit 20prozentiger Ermäßigung in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober ausgeben. Von den Karten kann schon bei einer Urlaubmindestdauer von sieben Tagen Gebrauch gemacht werden. Auf der Hinreise ist eine einmalige, auf der Rückreise eine dreimalige Fahrtunterbrechung gestattet. Die Sommerurlaubsarten haben eine Geltungsdauer von zwei Monaten, gelten für alle Verkehrsverbindungen, für die auch gewöhnliche Fahrkarten vorliegen. Die Mindestentfernung ist auf 200 Kilometer festgelegt. Die Hinreise muß am ersten Geltungstage der nicht übertragbaren Karten angetreten werden.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn stimmte auf seiner Berliner Tagung u. a. der Elektrifizierung der Strecke Halle—Aöthen—Magdeburg zu. Es wird dadurch das elektrifizierte Netz zwischen Leipzig—Dessau—Magdeburg und Halle geschlossen. Die Arbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden. Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner eingehend mit dem Verhältnis der Reichsbahn zum Kraftwagen. Nachdem die Reichsbahn die Anfuhr und Abfuhr von Gütern mit in ihren Aufgabenkreis und den der angeschlossenen Spediteure gestellt habe, müsse sie dazu übergehen, den Kraftwagen mehr als bisher in ihren gemeinwirtschaftlichen Betrieb einzugliedern. Der Verwaltungsrat ermächtigte den Generaldirektor, die dazu notwendigen Schritte zu ergreifen.

Neue Friedrichs-Marken.

Die Deutsche Reichspost gibt noch vor Ostern zur Erinnerung an die Feier in der Garnisonkirche zu Potsdam aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages am 21. März 1933 eine Gedenkpostkarte und Freimarken mit dem Bildnis Friedrichs des Großen in den Werten zu 6, 12 und 25 Pf. heraus. Die Gedenkpostkarte trägt auf der linken Hälfte ein Bild der Garnisonkirche mit einem Hinweis auf den feierlichen Staatsakt.

* Der Herr Oberpräsident der Provinz Westfalen in Münster hat durch Beschluß vom 17. 3. 1933 (VII Nr. 118-6) entsprechend dem Beschluß des Magistrats in Lüdenscheid vom 28. 2. 1933 genehmigt, daß vom Jahre 1933 ab alljährlich am 1. Donnerstag im April und am 2. Donnerstag im Oktober in Lüdenscheid ein Viehmarkt (Pferde-, Rinder-, Schweine-, Schafmarkt) abgehalten wird. Im Jahre 1933 finden die Viehmärkte am 6. April und am 12. Oktober statt.

* Der westfälische Provinziallandtag. Der bisherige westfälische Provinziallandtag trat am Donnerstag zu seiner letzten Sitzung zusammen, in der er nach den gesetzlichen Bestimmungen das Wahlergebnis der Provinziallandtagswahl vom 12. 3. 1933 feststellte. Nach dem endgültigen Ergebnis der Provinziallandtagswahl beträgt die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen: NSDAP 923 687 (50 52%), SPD 387 310 (21), KPD 263 352 (14), Zentrum 723 448 (39), Kampffront 174 911 (10), DDP 21 663 (—), Ev. Volksdienst 58 622 (4), Deutsche Staatspartei 7640 (—), Deutsche Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot 2692 (—), Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern 2326 (—), Mittelstand 6894 (—). Die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen betrug 2 572 545, die Zahl der Mandate beträgt 138.

Halver

—O Am 1. April d. J. beginnt die Müllabfuhr in den Gemeinden Halver und Schalksmühle wie alljährlich um 7 Uhr morgens. Außerdem ist die Abfuhr für die Zeit vom 1. 4. — 1. 7. 1933 wieder so geregelt, daß die Müllabfuhr zuerst in Halver und anschließend in Schalksmühle stattfindet.

—X Es ist noch nicht lange her, da trat die Diphtheritis so heftig unter den Kindern auf, daß die Schulen zeitweilig geschlossen werden mußten. Die Erkrankungen flauten ab und man wählte den bösen Feind der Kinder nicht mehr in unserer Gemeinde. Jetzt aber hört man wieder von neuen Erkrankungen an Diphtherie.

—X 75 Jahre wird Rentner Ernst Dörnen zu Halverscheid am Freitag, dem 31. März. Wir gratulieren!

Schalksmühle

—X Die Gesellenprüfung mit „Gut“ bestand vor dem Prüfungsausschuß in Lüdenscheid Siegfried Halverscheid zu Klagebach im Maler- und Anstreichergewerbe.

—X Vom freiwilligen Arbeitsdienst Linscheid. In dem Lager herrscht große Arbeitsfreude. Eine Arbeitskolonne von fast 100 Mann ist mit Holzfällen und Aufzugsarbeiten auf dem Linscheider Kopf und nach Mühle zu beschäftigen. In den nächsten Tagen soll das Lager noch eine Verstärkung von 200 Arbeitsfreiwilligen erfahren, die in der Hauptsache aus Bochum kommen. Träger des Arbeitslagers Linscheid ist neuerdings „Rote Erde“, Hagen, die in Linscheid augenblicklich noch ein zweites Lager führt.

Die Aufgabe beider Lager ist, unbebautes Land für den Ackerbau nutzbar zu machen. Man trägt sich mit dem Gedanken, ein weiteres Arbeitslager in der Breckerfelder Gemeinde in der Nähe der Gförlspitze zu errichten und dort einige Hundert Arbeitsfreiwillige zu betreuen.

Breckerfeld

—: **Stellentausch.** Der Lehrer Erich Golze, der seit 1 1/4 Jahren an der Eogl. Volksschule wirkte, ist zum 1. April 1933 auf seinen Wunsch nach Hagen-Häpse versetzt worden. An seine Stelle wurde der Lehrer Kutenbeck aus Hagen-Häpse, gebürtig aus Loh bei Breckerfeld, ebenfalls auf Wunsch nach hier versetzt. — Auf sein Mandat verzichtet. Der auf der Liste der SPD zum Amtsvertreter der Amtsversammlung gewählte Arbeiter Wilh. Schaffland, der der vorigen Vertretung ebenfalls angehörte, hat auf sein Mandat verzichtet.

Kierspe-Bhf.

—b An der Pädagogischen Akademie in Dortmund bestanden Fräulein Ilse Berkemann und Fräulein Johanna Reininghaus in Gröningen ihre Prüfung als Lehrerin mit „Sehr gut.“ Wir gratulieren.

Rönsahl

—c **Strandbad Rönsahl.** Das Strandbad Rönsahl e. V. hatte seine Mitglieder für Montag abend zu einer außerordentlichen Generalversammlung im Lokale Emil Vormann, hier selbst eingeladen. Der Vorsitzende Lehrer Schacke eröffnete die Versammlung gegen 8 1/4 Uhr mit Worten der Begrüßung. Durch den Geschäftsführer Carl Sure wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und von den Anwesenden genehmigt. Sodann wurde Bericht erstattet über die seit der letzten Versammlung im Januar geleisteten Arbeiten. Folgende Arbeiten sind vorgenommen worden: Planierung der Liegewiese, Verschönerung der Umgebung, Abdichten der Ausflüsse die undicht waren, Legung eines Teiles der Zulaufrohre. An weiteren Arbeiten, die sofort beginnen, sind vorgesehen: Legung der restlichen 90 mtr. Rohre vom Bach in die Schlammteiche, Behebung der größeren Undichtigkeit an der rechten Dammseite, hiermit ist bereits begonnen. Ueber die Rassenverhältnisse berichtete der Geschäftsführer und sind dieselben nicht rosig. Arbeiten, die bare Ausgaben erfordern, werden vorerst nicht in Angriff genommen. Mitglieder, die die in der letzten Versammlung beschlossenen 10 Pflichtstunden noch nicht abgearbeitet haben, müssen dieselben bis zum 15. April ableisten, oder als Gegenwert RM. 3 in Bar an die Kasse zahlen. Die Frist zur Aufnahme neuer Mitglieder ist bis zum 15. Mai ds. Jrs. verlängert worden und beträgt die Aufnahmegebühr RM. 15 oder 50 Arbeitsstunden. Um die Kasse aufzufüllen wurde die schon länger ins Auge gefasste Aufführung einer Operette beschlossen. Die Rollen wurden an die Mitglieder verteilt. Gegen 11 Uhr konnte die Versammlung geschlossen werden.

Lüdenscheid. Branddirektor D. F. Schulte †. Branddirektor Otto Friedrich Schulte ist einem Herzschlag erlegen, nachdem er schon längere Zeit kränklich war. Der Verstorbene, seit 29 Jahren Brandmeister bzw. Oberbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Lüdenscheids, wurde 1929 zum Branddirektor ernannt. Er war im Preisausschuss der Feuerwehren des Kreises Altena und in Feuerwehrkreisen eine bekannte und beliebte Persönlichkeit. Auch die Lüdenscheider Schützengesellschaft zählte ihn seit nahezu drei Jahrzehnten zu ihren Vorstandsmitgliedern. — Bestanden Prüfung. Am Realgymnasium bestanden 13 Abiturienten die Reifeprüfung, einer davon mit Auszeichnung.

pn. Hagen. Erfolgreiche polizeiliche Durchsuchungen. Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Hilfspolizei nahmen heute morgen eine Durchsuchung der Siedlung Jersfeld im Stadtteil Gipe und der angrenzenden Laubenkolonie vor. Es wurde zahlreiches Verzeugsmaterial sowie verschiedene Waffen, darunter auch Schusswaffen, beschlagnahmt. Ein Mann, der im Besitze einer Schusswaffe angetroffen wurde, wurde festgenommen.

pn. Ergste. Ein fünffacher Lebensretter. Zwei Paddler aus Schwerte fuhren die Ruhr herunter und wollten zum Stauesee. Einer lehnte sich zu weit aus dem Boot, dieses kippte um. Während sich einer retten konnte sank der eine mit dem Boot in die Tiefe. Der zufällig des Weges kommende Bademeister Schöttler sprang vollständig bekleidet dem Ertrinkenden nach und rettete ihn. Zum fünften Male hat Schöttler damit eine Person vom Tode des Ertrinkens gerettet.

O Zweifaches Todesurteil. Das Schwurgericht Arnsberg verurteilte den Wirtschaftseleven Werner Stitz und seinen Arbeitskollegen Herbert Kleemann zum Tode. Die beiden hatten im November vorigen Jahres die geschiedene Ehefrau Schüler aus Siegen, mit der Stitz ein Liebesverhältnis unterhielt, in einem Walde mit einem Strick erdrosselt. Gericht und Geschworene wollten ein Gnadengesuch für die beiden Verurteilten befürworten.

Wälfrath. Auf die Lokomotive gesprungen. Ein junges Mädchen, das auf einem Gute beschäftigt ist, suchte seinem Leben dadurch ein Ende zu machen, daß es von einer Brücke auf die Gleise der Werksbahn sprang, als gerade eine Lokomotive herannahte. Statt auf die Schienen fiel das Mädchen jedoch auf die Lokomotive. Die Lebensmüde mußte mit inneren Verletzungen ins Belverter Krankenhaus gebracht werden.

Wolfsbühl. Stadt undikus in Schutzhaft. Der hiesige Stadtundikus Dr. Vini hat sich in Schutzhaft begeben. Da er eine Versammlung der entlassenen Arbeitnehmer des Betriebswerkes gestattet hatte, war er seines Amtes enthoben worden.

Göttingen. Zwei bekannte Göttinger Persönlichkeiten gestorben. Universitätssekretär Robert Grünke ist hier im 90. Lebensjahr gestorben. Am 6. Dezember 1843 im benachbarten Weende geboren, war er wohl der älteste Vertreter des von unserer akademischen Jugend gepflegten ritterlichen Fichtesportes. Grünke war längere Zeit Vorsitzender im Verein deutscher Universitätssekretäre. Ganze Generationen von Studenten hat er im Fichten ausgebildet. Zwei seiner Brüder waren ebenfalls Universitätssekretäre. — Im Alter von 82 Jahren starb Kommissionsrat M. v. v. b. g. Aus dem benachbarten Nörten stammend, gehörte er 40 Jahre lang der Verwaltung der Ortskrankenkasse, davon 1897 bis 1922 als deren Vorsitzender an. Nebenher war auch der einzige noch lebende Mitbegründer des Verbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands, der vor 38 Jahren in Frankfurt a. M. begründet wurde.

Seesen. Pastor Red haftfrei. Pastor Red aus Herrhausen, der, wie gemeldet, wegen einer mit pazifistischen Ideengängen durchsetzten und das vaterländische Gefühl verletzenden Predigt in Schutzhaft genommen wurde, ist aus Gesundheitsrücksichten aus der Schutzhaft entlassen worden. Er soll einen Nervenzusammenbruch erlitten haben.

Nah und Fern

O In der Berufsverhandlung freigesprochen. Der Dresdener Rechtsanwalt Dr. Füll, der in dem großen Uralzew-Prozess vor zwei Jahren wegen Betrugsversuchs und Untreue zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist in der Berufsverhandlung freigesprochen worden.

O Knabenmord in Delitzsch. Auf dem Heuboden eines Hauses in Delitzsch wurde die Leiche des achtjährigen Harry Teresinal aufgefunden. Der Mörder, der 18jährige Streibart, wurde verhaftet, ebenso seine Eltern, die als

Mitwisser in Frage kommen. Es dürfte sich um einen Lustmord handeln.

O Ein Raubmörder zum Tode verurteilt. Vom Plauer Schwurgericht wurde der Raubmörder Grünbeck zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Grünbeck hatte am Abend des 10. Dezembers 1932 nach Ladenschluß in der Wohnung der 61jährigen Lebensmittelhändlerin Doerfer geklopft und einige Flaschen Bier gefordert. Als die Frau die Ware holen wollte, wurde sie von Grünbeck von hinten erstochen. Dem Täter fielen etwa 100 Mark, der Inhalt der Ladentasse, in die Hände. Nach der Tat ging er Fußball spielen.

O Ein entfloherener Raubmörder gestellt und von neuem entflohen. Der vor längerer Zeit aus der Strafanstalt Oseleshausen geflüchtete Raubmörder Hannack, dem es seither bereits zweimal gelungen war, der Polizei, die ihn nach langwierigen Nachforschungen gestellt hatte, zu entkommen, wurde jetzt in der Nähe des Heiligenheides in Hamburg wieder von einem Beamten erkannt und gestellt. Auf dem Transport zur Wache ist es ihm aber wiederum gelungen, zu entkommen. Er verpackte dem Beamten, der ihn, mit der Waffe in der Hand, abführte, plötzlich einen Faustschlag und rannte davon. Nachgefangene Schüsse verfehlten das Ziel.

O Einbruch in ein Hamburger Museum. In das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe ist eingebrochen worden. Gestohlen wurden u. a. antike Goldschalen, Fingerringe, Münzen, Armringe, drei dünne langobarische Goldblechkreuze, eine massive goldene Gürtelschnalle und andere altertümliche Goldschätze. Über den Wert der gestohlenen Sachen liegen noch keine Angaben vor.

O Ein Geldschrank aus einer Spartauffahrt geraubt. In die Geschäftsstelle der Stadtparkasse in Gmünd drangen Einbrecher ein und schleppten den vier Zentner schweren Geldschrank auf einer Schubkarre auf freies Feld. Dort zertrümmerten sie den Geldschrank und erbeuteten 1300 Mark.

O Ein vierzehnjähriger Erpresser. Aus Altona (Ohio) wird gemeldet: Hier ist ein vierzehnjähriger Schüler unter der Anschuldigung verhaftet worden, den Versuch gemacht zu haben, von Frau Martha Lindbergh 25 000 Dollar zu erpressen.

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 28. März.

1500 Gefangene im Konzentrationslager auf dem Heuberg. Stuttgart. Das Konzentrationslager auf dem Heuberg umfaßt jetzt bereits 1500 politische Gefangene. Die Gefangenen werden demnächst mit Straßenbauarbeiten im Lager selbst beschäftigt werden. Gerüchte, daß die Gefangenen erziehen müßten, sind falsch. Das Konzentrationslager war vom Polizeioberst a. D. Reich-Suitaari eingerichtet worden, der es auch bis zum letzten Samstag geleitet hat. Der neue Leiter des Lagers ist Major a. D. Kaufmann.

Wegen Deutschsprechen im Korridor verurteilt. Danzig. Die beiden reichsdeutschen Studenten der Danziger Technischen Hochschule, Göbe und Böcker, die am Montag, den 5. März, auf der Rückfahrt von Marienburg nach Danzig auf dem Dirschauer Bahnhof wegen des Gebrauchs der deutschen Sprache von einem polnischen Polizeibeamten verhaftet wurden, wurden nunmehr vom Stargarder Bezirksgericht wegen angeblicher „Beleidigung“ zu sieben bzw. drei Wochen Haft verurteilt. In der Beweisführung wurde lediglich festgestellt, daß Göbe in deutscher Sprache laut nach Erfrischungen gerufen habe.

Zwei Tote bei einem Verkehrsunfall.

Stuttgart. Durch Sturz mit dem Motorrad verunglückten die bei einem Metzgermeister in Urach beschäftigten Ernst Hauser aus Bittenhausen (Oberamt Münchingen) und Alfred Bud aus Reutlingen auf der Seeburger Steige tödlich. Ein weiterer Mitfahrer, der Bruder des Hauser, wurde schwer verletzt.

Kominternverfahren gegen Thälmann.

Reval. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist von der Kontrollkommission der Komintern ein besonderer Ausschuss unter dem Vorsitz Bela Kubs eingesetzt worden, der die Arbeit Thälmanns als Führer der KPD. nachprüfen soll. Der neue Führer der KPD., Heinz Neumann, der sich angeblich in Spanien aufhält, ist angewiesen worden, nach Moskau zu kommen, um einen Bericht über die Lage in Deutschland zu erstatten.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Beschluß.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Frau Gustav Köhler, Inhaber Franz August Vollmann zu Kierspe i. Westf. wird eingestellt, weil eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist.

Meinerzhagen, den 23. März 1933.
Das Amtsgericht.

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik	Lage Lehrpläne	Bauschule Stoff, anerkant v. Lipp, Architekt, Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau, Tonindustrie
---	--------------------------	---

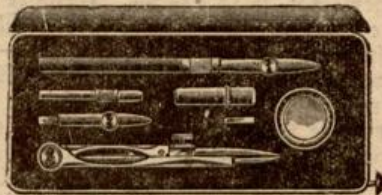
Möbliertes Zimmer
mit oder ohne Morgenkaffee in Halber an anständige Person zu vermieten. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halber.

2= Zimmer-Wohnung
zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeigers Halber.

RM. 5.500.-
an erster Stelle gesucht.

Offerten unter Nr. 550 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halber.

Briefpapier
lose und in Kartons Wilh. Bell Jr., Halber.



Bernickelle Schul-Reißzeuge
in gangbarsten Zusammenstellungen vorrätig bei
Wilh Bell jr., Halber.



Die „Geflügel-Börse“ Leipzig
die älteste und größte deutsche Geflügelzeitung mit ihren weiteren Fachgebieten / Tauben- und Hühnerzucht / Kaninchen- und Pelztierzucht / Vogelleiberei / Haus-, Hof-, Garten- und Landwirtschaft

erscheint reich illustriert 2 mal wöchentlich

Neben ihrer anerkannten Führung auf den von ihr vertretenen Fachgebieten, bietet sie außerdem durch ihre **Unfall- und Sterbegeldversicherung (3000 bzw. 6000 RM. bei Unfall, 75 bzw. 150 RM. bei natürlichem Tode)** eine wesentliche Hilfe bei schweren Schicksalsschlägen. **Abonnementspreis pro Monat** Allgemeine Ausgabe . . . RM. 1,40 Versicherungs-Ausgabe . . . RM. 1,65 Probenummern werden auf Wunsch unentgeltlich zugesandt.

Geschäftsstelle der „Geflügel-Börse“ Leipzig 386, Perthesstraße 5



Anteiliger Preisbericht der Kölner Brundttenbörse.

Köln, 28. März.

Es bedeutet: Rg. Roggen, F. Futter, W. Winter			
Weizen rhein.	20,65	Weizenfl.	8,00 - 9,50
74 Rg	23,50 - 25,25	Roggenfl.	7,75 - 8,25
Weizen ausl.	16,50	Viertrichter	11,70 - 12,00
Roggen rhein.	18,40 - 18,75	Reint 38 Pr.	11,25 - 11,50
70 - 71 Rg	14,00 - 14,50	Erbsenfl.	10,50 - 10,90
Roggen nordb.	17,50	50 Pr.	11,50 - 11,90
Roggen ausl.	20,50	54 Pr.	9,75 - 10,25
Safer rhein.	17,50	56 Pr.	8,75
Safer ausl.	18,00 - 18,75	58 Pr.	10,25 - 10,50
R. Gerste ausl.	20,50	60 Pr.	7,60
5. Gerste inl.	19,50 - 20,00	62 Pr.	8,75 - 9,00
5. Gerste inl.	21,00 - 21,50	64 Pr.	6,75 - 8,00
Maiz großer		66 Pr.	
Maiz kleiner		68 Pr.	
Weizenmehl		70 Pr.	
inl.	28,00 - 28,50	72 Pr.	
Rhein-Weizen		74 Pr.	
bäckerisch m.	28,50 - 29,00	76 Pr.	
Auslandswz.	22,50 - 23,25	78 Pr.	
Roggenmehl	24,25 - 24,50	80 Pr.	
70 Pr. m. ausl.	19,50 - 20,00	82 Pr.	
inl. Roggen	21,00 - 21,50	84 Pr.	
Roggenmehl		86 Pr.	
inl.		88 Pr.	
ausl.		90 Pr.	

Stimmungsbericht: Die Stimmung blieb ruhig und die Preise erfuhren wenig Veränderung.

Starker Rückschlag an der Kölner Börse.
Köln, 28. März.

Nach der Haussebewegung der letzten Wochen trat ein starker Rückschlag ein. Die Einbußen waren teilweise sehr hart. So verloren Farben 2, Erbsen 3/4, Getreide 1 1/2, Harpener 3/4, Hühner 2, Bohnen 1/2, Stahl 3, von Elektroverleihen Siemens 6 1/2, Schudert 4 1/2, Fellen 2 1/2, Reichsbankanteile 3/4. In weniger starkem Maße waren Rentenwerte abgeschwächt. Pfandbriefe waren bis 3/4 Prozent schwächer.

Kölner Effektentnotierungen
vom 28. März.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustande gekommen.)
Bafast Linz — Schudert 100
Bonner Berg — Stollwerck 51
Deutsche Erdöl 97 Commerzbank 53 1/2
F. G. Farben 132 1/2 Reichsbank 149 1/2
Hessische Eisen 66 Allianz 226
Mannesmann 70 Colonia Rück 210